



Newsletter vom 13. 2. 2022

Inhalt

Augen, die nicht sehen und Ohren, die nicht hören wollen	1
11.2.2022, Timotheus Bruderer	1
Das Wunder der Schweizer Volksschule	3
Weltwoche, 3.2.2022, Alain Pichard	3
Weniger Bildungspathos, bitte!	6
Journal 21, 29.1.2022, von Carl Bossard	6
Frühes Sprachenlernen kann auch überfordern	9
NZZ am Sonntag, 30.1.2022, René Donzé	9
Am Lehrer liegt es nicht	9
NZZ am Sonntag, 30.1.2022, Wissen, Patrick Imhasly	9
«Pädagogen blieben ungehört».....	12
NZZ am Sonntag, 6.2.2022, Leserbriefe	12
Kommentar zu «Am Lehrer liegt es nicht»	12
10.2.2022, Marianne Wüthrich	12
Sarah soll verstehen	13
NZZ, 31.1.2022, Zürich und Region, Giorgio Scherrer	13
Immer mehr Kinder können nur ungenügend Deutsch	16
20 Minuten, 10.2.2022, Lukas Hausendorf	16
Angriff auf die Schulklasse für alle	16
NZZ, 10.2.2022, Schweiz, Erich Aschwanden, Daniel Gerny	16
Kommentar zu «Angriff auf die Schulklasse für alle»	19
10.2.2022, Hans-Peter Köhli	19
Zürcher Grüne wollen die Klimaziele der Stadt im Schulunterricht verankern	20
NZZ, 9.2.2022, Zürich und Region, Isabel Heusser	20
4-Tage-Woche mindert Schulleistungen	21
NZZ am Sonntag, 30.1.2022, Neues aus der Wissenschaft	21
«Die Angst der Eltern vor der Realschule»	22
NZZ, 7.2.2022, Meinung & Debatte, Leserbrief	22

Augen, die nicht sehen und Ohren, die nicht hören wollen

11.2.2022, Timotheus Bruderer

Geschätzte Damen und Herren

«Die Schweiz hat das teuerste Bildungssystem der Welt. Die Lehrer halten die Qualität hoch und trotzen einer ausufernden Bürokratie.» Dieser einleitende Satz von Alain Pichards Artikel fasst das pädagogische «Oh weh!» passend zusammen. Wie so oft – sei es im persönlichen oder gesellschaftlichen Leben – fängt man erst dann an, etwas zu



schätzen, nachdem man es verloren hat. In Bezug auf unser Bildungssystem droht dasselbe Szenario. Eigentlich wäre es doch so einfach. Unser Bildungswesen sollte gemäss Pichard ein «Lernort sein, der stark mit den Behörden, Eltern und Schülern verbunden bleibt.» Diese Balance ist mit den unzähligen Bildungsreformen längst aus den Fugen geraten, zum Leidwesen aller.

Für alles eine wissenschaftliche Studie

Dieser Reformwahn will sich allerdings nicht aus der Luft gegriffen, sondern auf wissenschaftlichen Studien fundiert wissen. Hans-Peter Köhli bringt es in seinem Kommentar gekonnt auf den Punkt: «Es zeigt sich immer dasselbe Bild. Professorinnen div. Universitäten werden nicht müde, auf Grund irgendwelcher Studien vom Erfolg der Integration zu sprechen.» Und Carl Bossard doppelt mit dem Zitat von Wolf Schneider nach: «Der Ausweis der Wissenschaftlichkeit erfolgt durch den Nachweis der Unverständlichkeit.»

Ob sich mit imponierenden Begriffen Sand in die Augen der Lehrer streuen lässt? Versuchen tut man's, denn an den Pädagogischen Hochschulen sind sie nun zu «Bachelor of Arts in Primary Education» befördert worden. Ja, zu unterrichten muss heutzutage wahrhaftig eine Kunst (engl. für «art») sein. Und vermutlich liegt es an den sich überschlagenden Reformen, dass sich die «Künstler» aus Zeitgründen mit einer Bachelor-Stufe begnügen müssen.

Die Bildung als Menschenrechtler und Klimaretter

Statt dem arg zugesetzten Bildungswesen wenigstens etwas Verschnaufpause zu lassen, geht das Desaster mit welt- und menschenrettenden Ideologien in eine nächste Runde. Da haben wir zum einen das Vorhaben der Stadt-Zürcher Klima-Allianz, zum anderen das Thema «Integration als Menschenrecht». Carl Bossard weist warnend hin: «Mit der Konnotation der Integration und Inklusion als Menschenrecht wird im kommunikativen Handeln ein absoluter Geltungsanspruch erhoben. Das wichtige Postulat der Integration entzieht sich so jedem Diskurs. Dieses Dogmatische irritiert.»

Weiter hält Bossard fest: «Untaugliche, weil holistisch geprägte Integrationskonzepte, bringen viele Schulklassen an ihre Belastungsgrenze. Ein eklatanter, in dieser Form noch nie dagewesener Lehrermangel untergräbt die Unterrichtsqualität.» Seine Erkenntnisse sind nicht neu. Und gerade deshalb bleibt mir nichts anderes übrig, als konsterniert feststellen zu müssen, dass unsere Bildungspolitiker Augen haben, die nicht sehen und Ohren, die nicht hören wollen. Auf diese Schlussfolgerung musste ich kürzlich leider selbst mit unseren lokalpolitischen Bemühungen in Wetzikon gelangen. Mit den Berichten zu den Debatten über Integration und Kleinklassen in den Kantonen Nidwalden und Basel-Stadt werden Sie vermutlich zu einer ähnlichen Konklusion gelangen.

Zurück auf welches Feld?

«Dabei ist genau das – ausprobieren, scheitern, neu versuchen – der Kern des Lernens, bei jeder Sprache.» Das gilt laut Förderexpertin Carolin Deiner für Kleinkinder, die kein Deutsch sprechen. Und bei Bildungspolitikern? Im Ausprobieren und Scheitern haben sie längst den «Master of Desaster» erworben, beim «neu versuchen» scheinen sie – ebenfalls wie Kleinkinder es tun – leider weiterhin störrisch am zuvor Gescheiterten festzuhalten.

«Je früher, desto besser: So handelte die Schulpolitik in den letzten Jahrzehnten in Sachen Fremdsprachen.» Dieser Leitsatz, den René Donzé in seinem Artikel verwendet, müsste heute für die Schulpolitik wohl in Sachen Rückbesinnung gelten. Für diejenigen, die diesen «Rückschritt» wissenschaftlich bestätigt haben wissen wollen, sei Hans-Peter Köhli's Variante empfohlen: «Weit sinnvoller wäre deshalb eine wissenschaftliche Studie, welche untersuchen würde, weshalb Volk und Politiker dennoch resignieren und in feiger Weise einfach zu- oder wegschauen, statt den Humbug endlich abzustellen.»



Zu alledem obendrauf macht die deutsche Sprache nicht nur Kindern mit Migrationshintergrund zu schaffen. Doch – Sie können es bestimmt erahnen – anstelle zuerst eine Ursachenanalyse durchzuführen, will der Kanton Baselland kurzerhand die betroffenen Eltern zur sprachlichen Frühförderung ihrer Kinder verpflichten. Auch dieser Hüftschuss wird seine Verletzten fordern und teure «Pflasterlipolitik» nach sich ziehen...

Die Helden an der Front

Im Kommentar Marianne Wüthrichs sehe ich dafür wieder einen Lichtblick fürs Bildungswesen. Denn in all den stürmischen Gewässern der Bildungspolitik sind die Lehrpersonen dennoch in der Lage, «das Schiffelein in eine bessere Richtung zu lenken. Das ist ja der Sinn des Lehrerberufes.» Alain Pichard bekräftigt: «Dass all die negativen Auswirkungen bisher nicht voll durchgeschlagen haben, ist den meisten der rund 90'000 an der Volksschule arbeitenden Lehrkräfte zu verdanken. Sie halten wacker stand, unterlaufen die praxisfernen Lehrplanvorgaben und unausgegorenen pädagogischen Konzepte und versuchen das umzusetzen, was der Kommissionspräsident einst meinte: Die Schüler müssen etwas lernen.»

Das macht schlussendlich auch eine gute Schule aus. Eine gute Schule wird zu einer starken Schule. Und genau dafür setzen wir uns ein. In diesem Sinne danke ich Ihnen herzlich für Ihr Interesse an unserem Verein, Ihr Mittragen unseres Anliegens und wünsche Ihnen nun viel Inspiration in dieser doch eher stürmischen Lektüre.

Timotheus Bruderer, Präsident «starke Volksschule Zürich»

Das Wunder der Schweizer Volksschule

Weltwoche, 3.2.2022, Alain Pichard

Die Schweiz hat das teuerste Bildungssystem der Welt. Die Lehrer halten die Qualität hoch und trotzen einer ausufernden Bürokratie.



Die Schüler müssen etwas lernen.



An meiner einstigen Schule pflegte unser Schulkommissionspräsident die Eltern jeweils bei seiner Begrüssungsrede zum neuen Schuljahr mit dem Satz zu entlassen: «Ihre Kinder kommen in eine gute Schule!»

Einmal fragte ich ihn beim Hinausgehen, woher er eigentlich wisse, dass wir eine gute Schule seien. Er schmunzelte, überlegte und sagte schliesslich: «Aus dem Gespräch mit den Leuten!»

«Und was verstehst du unter einer guten Schule?», fuhr ich weiter. Wie aus der Pistole geschossen antwortete dieser: «Na, wenn die Schüler hier etwas lernen.» Diese einfache Weisheit eines KMU-Mannes sollte man beherzigen, wenn es um die Frage geht, wie es generell um unsere Volksschule bestellt ist.

Zu Beginn einer Analyse über die Schweizer Schule gilt es allerdings festzuhalten: Die Schweizer Volksschule gibt es nicht. Trotz aller Zentralisierungsbemühungen und Top-down-Reformen ist unser Schulsystem immer noch föderal aufgebaut. Die Kantone haben die Schulhoheit, und die einzelnen Schulen sind in den jeweiligen Gemeinden eingebettet. Von vielen als Flickenteppich verspottet, ist diese Konstruktion die eigentliche Stärke unseres Bildungswesens. Sie ist ein Laboratorium, in dem man experimentiert, aus Fehlern lernt, und ein Lernort, der stark mit den Behörden, Eltern und Schülern verbunden bleibt. Da haben es Masterpläne zum Leidwesen der Bildungszentralen naturgemäss schwer. Dieser Bildungsföderalismus mag auch ein Grund dafür sein, dass unsere Schulen immer noch in einem recht guten Zustand sind.

Sie geniessen einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung. Schweizweit besuchen nur sechs Prozent der Heranwachsenden eine Privatschule. Die Tendenz ist zwar steigend. Aber das ist kein hoher Marktanteil.

Absurde Länderrankings

Der Schweiz gelingt es immer noch, den Grossteil unserer fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Und dies, obwohl sie im Verhältnis mehr Migranten aufgenommen hat als beispielsweise die USA. Im Vergleich zum Pisa-Wunderknaben Finnland mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 19 Prozent bringt die Schweiz – je nach Berechnungsmodell – einen rekordtiefen Prozentsatz von 2,5 bis 5 Prozent hervor.

An den Berufsweltmeisterschaften halten sich unsere Lehrlinge – obwohl nicht mehr ganz so souverän wie in früheren Zeiten – immer noch in den Spitzenrängen, und in den internationalen TIMSS-Studien (Trends in International Mathematics and Science Study) lag die Schweiz bis vor kurzem im oberen Drittel. Das sind, im Grunde genommen, recht gute Indikatoren für ein solides Bildungssystem.

Folgt man der öffentlichen Debatte und den Medien, prasseln allerdings dramatische Untergangsfantasien auf uns ein. Wer die Schweizer Schulen besucht, könnte meinen, dass sie bewusst übersehen werden sollen. Oft werden negative Einzelfälle skandalisiert oder tolle Leistungen etwa bei Preisverleihungen gehypt. Die alltägliche profane Arbeit der Lehrkräfte liefert zu wenig Schlagzeilen.

2001 wurde der «Pisa-Schock» erfunden, der in unseren Medien flugs zur Bildungskatastrophe hochstilisiert wurde. Rundherum «hysterisierten» Journalisten, Politiker und Funktionäre den doch eher simplen Test als «das Armageddon der öffentlichen Bildung». Damit eines klar ist: Ich gehöre nicht zu den Pisa-Gegnern. Pisa liefert uns ausserordentlich interessante Ergebnisse zu einzelnen Teilbereichen unserer Schule. Pisa hatte aber nie den Anspruch, nationale Schulsysteme als Ganzes zu bewerten. Absurde Länderrankings ohne tiefgehende Analysen erfolgten durch die Medien und Bildungspolitiker, die zu einem beispiellosen Schul-Bashing ansetzten. Es war die Stunde einer neuen Allianz von Politik, Verwaltung und Wissenschaft, die sich zu den eigentlichen Playern unseres



Bildungssystems entwickelten.

Die Politik sorgte dafür, dass die Bildungsausgaben massiv erhöht wurden, von 16 Milliarden Franken (1990) auf rund 38 Milliarden Franken (2018). Dieses Geld floss nicht nur in die Praxis und die neugegründeten Fachhochschulen. Wie auch in anderen Gefilden unseres Staatssystems wurde ein massiver Ausbau des Überbaus vorangetrieben. Evaluatoren, Lehrplanentwickler, Berater, Bildungsforscher besetzten die Schaltstellen der Bildungszentralen. Sie begannen zielstrebig unser Schulsystem umzubauen. Lehrkräfte wanderten in Scharen in die neuen Berufsfelder, wirkten an Weiterbildungsinstituten, wurden Dozenten an der Pädagogischen Hochschule oder arbeiteten in den nun immer zahlreicheren Arbeitsgruppen und Lehrmittelkommissionen und Funktionärsstellen der Verbände. Schmiss der alte Gilgen als Zürcher Bildungsdirektor seinen Laden noch mit ein paar Dutzend Mitarbeitern, so arbeiten heute in der Zürcher Bildungsverwaltung an die 1800 Angestellte.

Frühfranzösisch und Frühenglisch

Die EDK (Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren) schlug 2004 mit einem Weissbuch vor, das Schulsystem auf die Pisa-Test-Formate umzustellen. Von da an entwickelte sich vieles zwangsläufig: Wer eine Vergleichbarkeit will, braucht Standards. Wer Standards hat, muss diese überprüfen und benötigt Tests, und wer diese Tests will, braucht zu erwerbende Kompetenzen. Nach und nach geriet die Schule in den Würgegriff dieser Technokraten. Allein in meinem Kanton Bern gab es in dieser Zeit zwanzig Schulreformen, von denen die Hälfte in ein regelrechtes Desaster mündeten.

Die Folge waren der Lehrplan 21, Kompetenzraster, neue Beurteilungsformen, Bewertung überfachlicher Kompetenzen, siebenseitige Beobachtungsfragebögen im Kindergarten, flächendeckende Tests in der Nordwestschweiz, Umbau des Hauswirtschaftsunterrichts, eine abenteuerliche Fremdsprachendidaktik, «Classroom Walkthrough»-Kontrollen der Schulleitungen, neue Inklusionskonzepte und vieles mehr. Auch pädagogische Vorgaben wie Konstruktivismus, entdeckendes oder selbstbestimmtes Lernen begannen die Methodenfreiheit der Lehrkräfte einzuschränken.

Die Pisa-Tests wurden uns als Schritt in eine datenbasierte Forschung verkauft, welche gezielt die Schwächen und Stärken unseres Bildungssystems erkunden helfe. Das Zauberwort «Bildungsmonitoring» machte die Runde.

Wie es mit der Ernsthaftigkeit dieser Vorhaben bestellt ist, zeigt der Umgang mit dem Illettrismus, also der Schreib- und Leseunfähigkeit. Eine der wirklich fundierten Erkenntnisse von Pisa zeigte uns, dass das teuerste Schulsystem der Welt, unseres, es fertigbringt, dass ein Fünftel der Schüler nicht einmal die niedrigsten Standards beim Lesen erreichen, also praktisch als Illettristen aus der Schulpflicht entlassen werden. Ein ernstgemeintes Bildungsmonitoring – so müsste man annehmen – würde diese dramatische Entwicklung zu beheben versuchen. Stattdessen führte man Frühfranzösisch und Frühenglisch ein.

Dies zeigt uns, dass sich die Allianz von Politik, Verwaltung und Wissenschaft von den Erfordernissen der Schulen längst entkoppelt hat. Neben der Steuerung geht es schliesslich um Auftragssicherheit und Jobs. In den Lehrerzimmern des Landes zirkuliert der alte Sponti-Spruch: «Die probieren mal was. Wenn es nicht klappt, versuchen sie was Neues. Vielleicht klappt es dann ja auch nicht.»

Schliesslich gilt es, festzuhalten, dass unser Bildungssystem ein Mittelstandsprojekt ist. Die Nöte der Illettristen, weitestgehend Migrantenkinder und Kinder der unterprivilegierten Schichten, interessiert diese Mittelschicht nur in Sonntagspredigten. Das Frühenglisch wurde denn auch in Zürich in einer Volksabstimmung bestätigt. In links-grün regierten Städten werden zurzeit staatlich finanzierte Privatschulen – zweisprachige Schulen – in



Mittelstandsquartieren eingeführt, was die Restschulproblematik in den Aussenquartieren erhöht.

Was haben uns all die Reformen der Allianz gebracht ausser einer ideologischen Phrasendrescherei und einer «verschurbelten» Kompetenzrhetorik? Trotz gewaltiger Bildungsinvestitionen sinken die Leistungen unserer Schüler in den Pisa-Studien, die Fremdsprachendidaktik mit dem Lehrmittel «Passepartout» hat das Französisch an unseren Schulen mehr oder weniger «gekillt». Der Drang ans Gymnasium nimmt zu, die Berufsbildung, eine starke Säule unseres Bildungssystems, kommt unter Druck. Untaugliche, weil holistisch geprägte Integrationskonzepte bringen viele Schulklassen an ihre Belastungsgrenze. Ein eklatanter, in dieser Form noch nie dagewesener Lehrermangel untergräbt die Unterrichtsqualität. An meiner früheren Schule arbeiten derzeit zwei Lehrkräfte, die kein Wort Deutsch sprechen.

Verfalle ich jetzt selber dem von mir am Anfang dieses Textes gegeisselten Alarmismus? Dass all die negativen Auswirkungen bisher nicht voll durchgeschlagen haben, ist den meisten der rund 90 000 an der Volksschule arbeitenden Lehrkräfte zu verdanken. Sie halten wacker stand, unterlaufen die praxisfernen Lehrplanvorgaben und unausgegorenen pädagogischen Konzepte und versuchen das umzusetzen, was der Kommissionspräsident einst meinte: Die Schüler müssen etwas lernen.

Wiedereinführung der Kleinklassen?

Und sie beginnen sich zu wehren. Zaghafte zwar, aber immer energischer. Sie treten kaum noch in die Lehrerverbände ein, welche diese unheilvolle Bildungspolitik stets unkritisch unterstützt haben, sie erkämpften sich in einigen Kantonen die Lehrmittelfreiheit, und ausgerechnet in Basel lancierte nun der behördenfreundlichste Lehrerverband der Schweiz eine Volksinitiative für die Wiedereinführung der Kleinklassen.

Letztlich sind es die verantwortliche Lehrerin beziehungsweise der verantwortliche Lehrer, die mit ihrer Person unterrichten und dabei überzeugen müssen. Das ist vielen Lehrkräften bewusst. «In einer demokratischen Gesellschaft muss die öffentliche Schule überzeugen, und zwar mit ihren Leistungen und so mit ihrer Qualität. Sie muss sich entwickeln, damit auch für die künftigen Generationen eine verlässliche Bildungsversorgung gegeben ist. Dafür stehen gute Schulen ein» (Professor Jürgen Oelkers).

Alain Pichard ist Lehrer und Gemeindepolitiker (GLP) in Biel.

Weniger Bildungspathos, bitte!

Journal 21, 29.1.2022, von Carl Bossard

Die Unterrichtssprache verändert sich. Das ist nichts Neues; neu hingegen ist das sprachliche Imponiergehabe im Bildungswesen. So wird die schulische Integration per se als Menschenrecht deklariert. Plädoyer für mehr Bescheidenheit.

Es war einmal eine Kindergärtnerin. Was ist sie heute? Eine Bachelor of Arts in Pre-Primary and Primary Education. So mindestens lautet der Lehrgang an verschiedenen Pädagogischen Hochschulen. Und was ist aus dem Lehrer geworden? Natürlich ein Bachelor of Arts in Primary Education. Aufbau von Wissen und Können, Prüfungen, Schule des Denkens: Das waren vertraute Bildungsbegriffe. Wie heissen sie aktuell? Kompetenzorientierung, Lernzielevaluationen, kognitive Operationsmodi.

Mundgerechte Fast-Food-Statements verkennen die Sache

Nun zweifelt niemand, dass Fachwissenschaften ihre ganz spezifische Fachsprache



sprechen müssen. Niemand kann die Ergebnisse der Humangenetik und der Nuklearmedizin, der Atomphysik und der Biochemie, der Pharmazie und der Computerwissenschaften in jener Alltagssprache wiedergeben, die allen vertraut ist. Auch philosophische Erkenntnisse, juristische Sachverhalte, ökonomische Einsichten fallen nicht einfach vom Himmel – man muss sie in zähem Ringen erwerben und kann sie in der jeweiligen Fachsprache präziser fassen.

Oder anders gesagt: Wissenschaften haben ihre eigenen Probleme, die aus der Sache kommen – und darum ist auch ihre Sprache und sind ihre Begriffe nicht in Windeseile pfannenfertig zu präsentieren. Mundgerechte Fast-Food-Statements verkennen oft den Kern der Sache. Das gilt auch für die Pädagogik.

Terminologischer Schwulst und Verklausulierungssucht

Und doch ärgert die Sucht vieler Bildungsfachleute, alles und jedes in einer Sprache auszudrücken, die zwar wissenschaftlich ist oder wenigstens so klingt. Doch oft ist es gar keine Wissenschaft, oft sind es nur Worthülsen und damit nicht viel mehr als fachliches Imponiergehabe.

Ein konkretes Beispiel, wie eine Pädagogische Hochschule ihre Studierenden auf die soziale Vielfalt im Schulalltag vorbereiten will: «Mit der Selbstverständlichkeit kultureller Heterogenität in Gesellschaft, Schule und Unterricht sieht sich die Lehrerinnen- und Lehrerbildung herausgefordert, Lehrpersonen den Erwerb von Fähigkeiten zu ermöglichen, die eine produktive Gestaltung von Schule und Unterricht im multikulturellen Kontext erlauben. [Unser Projekt] arbeitet deshalb prototypische Reflexionsmuster heraus, wie angehende Lehrpersonen kulturelle Unterschiede spezifisch im schulischen Kontext reflektieren, und verdichtet diese Reflexionsmuster zu einem Stufenmodell der Normalitätsreflexionen. Damit werden unterschiedliche Reflexionstiefen bezüglich kultureller Unterschiede im monokulturell geprägten schulischen Kontext beschrieben, die in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung diagnostiziert und gezielt bearbeitet werden können.»

Wissenschaftlichkeit dank Unverständlichkeit?

Ob jemand diese Sätze versteht? Die meisten schweigen wohl ehrfürchtig. Ein pseudo-wissenschaftliches Sprachgewölk! Das wortreiche Getöse erinnert an die berühmte Aussage des Schriftstellers Wolf Schneider: «Der Ausweis der Wissenschaftlichkeit erfolgt durch den Nachweis der Unverständlichkeit.»¹

Man könnte getrost darüber hinwegsehen und solche Texte mit einer Prise Ironie hinnehmen, hätte diese Sprache, hätte dieser fast unkontrolliert wuchernde Fachjargon nicht Folgen. Der Drang, alles zu verwissenschaftlichen, hat Bildung und Erziehung in Atemnot gebracht. Das zeigt sich auch bei der Lektüre des gemeinsamen Lehrplans der 21 deutsch- und mehrsprachigen Kanton der Schweiz, kurz Lehrplan 21. Viele Begriffe sind schwammig, Sprache und Stil kompliziert und oft wenig verständlich.

Sprachlicher Schamanenzauber!

Ein beliebiges Beispiel: «Idealerweise bieten gestaltete Lernumgebungen mannigfaltige durch Lehrpersonen und Lehrmittel unterstützte Lerngelegenheiten, einzelne oder verschiedene Facetten einer Kompetenz zu erwerben, zu festigen und in Anwendungssituationen zu nutzen. Durch ihre Ausrichtung auf die aktive Auseinandersetzung mit Gegenständen und Aufgaben werden bei Schülerinnen und Schülern vielfältige rezeptive und gestalterische Arbeits- und Denkprozesse angeregt.» Was sollen Eltern und Lernende mit solchen Sätzen zur Lernsystematik anfangen?

Eine Art sprachlicher Schamanenzauber! Kurz, klar und konkret wäre wohl: «Lehrerinnen

¹ Wolf Schneider: Korrektes Deutsch – das ist zu wenig. In: NZZ Folio, 31.12.2011.



und Lehrer gestalten vielfältige Lernsituationen; sie führen so die Kinder zu neuem Wissen und Können. Dazu gehören die Impulse zum Nachdenken, das Üben und Festigen des Gelernten sowie das Anwenden in veränderten Bezügen.» Für zünftige Lehrplangestalter ist das vermutlich zu simpel, zu verständlich, zu wenig beeindruckend.

Wenn eine Unterrichtsform zum Menschenrecht wird

Beeindruckend dagegen, wie ein bestimmtes Schulsystem als Menschenrecht deklariert wird. Gemeint ist der integrative bzw. inklusive Unterricht. Darunter wird die möglichst umfassende gemeinsame «Schulung von Kindern mit und ohne besonderen Bildungsbedarf in der Regelschule verstanden».² Sie geht auf die UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 zurück. Die Schweiz hat sie 2014 ratifiziert. In Artikel 24 heisst es: «Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten [sie] ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen.»

«Es geht um Menschenrechte» (Markus Matthys)

Im eidgenössischen Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) steht unter Artikel 20, Absatz 1 & 2: «Die Kantone sorgen dafür, dass behinderte Kinder und Jugendliche eine Grundschulung erhalten, die ihren besonderen Bedürfnissen angepasst ist. [Sie] fördern, soweit dies möglich ist und dem Wohl des behinderten Kindes oder Jugendlichen dient, mit entsprechenden Schulungsformen die Integration behinderter Kinder und Jugendlicher in die Regelschule.»

Aus diesem Passus wird nun ein Menschenrecht extrapoliert. Dazu die Züricher Bildungsdirektorin Silvia Steiner wörtlich: «Der integrative Unterricht ist für mich kein Projekt, sondern ein Menschenrecht.»³ Noch deutlicher wird Prof. Markus Matthys, Dozent an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik. «Es geht [hier] um Menschenrechte», behauptet er kühn⁴ und stipuliert dieses Menschenrecht auch für die totale Integration aller Kinder und Jugendlichen in Regelklassen, die Inklusion. Für alle das Gleiche. Allerdings kann die durch Gleichheit scheinbar gewonnene Gerechtigkeit leicht in Ungerechtigkeit umschlagen. Auch der Gleichheitssatz der eidgenössischen Bundesverfassung impliziert ja in der Rechtspflege ein Differenzierungsgebot: Nicht nur ist Gleiches gleich zu behandeln, sondern auch Ungleiches ungleich.⁵

Etwas mehr Bescheidenheit, bitte!

Das ethisch so bedeutsame Anliegen der Integration führt uns ins moralische Dilemma zwischen dem Prinzipiellen und dem systemisch Machbaren und individuell Verantwortbaren. Doch mit der Konnotation der Integration und Inklusion als Menschenrecht wird im kommunikativen Handeln ein absoluter Geltungsanspruch erhoben. Das wichtige Postulat der Integration entzieht sich so jedem Diskurs. Dieses Dogmatische irritiert. Wer auch nur einen kleinen, kritischen Einwand gegen das momentane Modell des integrativen Unterrichts ins Feld führt, verstösst damit gegen Menschenrechte. Vergessen geht der hohe pädagogische und psychologische Anspruch an diese Unterrichtsform. Die Dynamik einer solchen Klasse kann schnell zur Überforderungssituation führen. Das Risiko ist gross. Nicht selten ist ein gemeinsamer, geordneter Klassenunterricht gar nicht mehr möglich.⁶

² Definition der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK.

³ Nils Pfändler, Lena Schenkel, «Ich glaube nicht an Visionen für die Zukunft der Schule». Interview mit Silvia Steiner, in: NZZ, 28.01.2019, S. 15.

⁴ In: Julia Hofer: *Tohuwabohu im Klassenzimmer*. In: *Beobachter* 25/2021, S. 92.

⁵ Jörg Paul Müller: *Grundrechte in der Schweiz. Im Rahmen der Bundesverfassung von 1999, der UNO-Pakte und der EMRK*. Bern: Stämpfli Verlag AG, 1999, S. 397.

⁶ Hofer, ebda., S. 94.



Dabei leiden meist die Lernschwächeren. Das zeigt die Forschung. Die Integration bzw. Inklusion eines behinderten Kindes in die Regelklasse wird seinem menschenrechtlichen Anspruch auf eine gute Bildung nicht automatisch gerecht.

Auch das wäre mit zu bedenken. Ein bisschen mehr Bescheidenheit täte darum dem Bildungsdiskurs gut – in mancher Beziehung!

Frühes Sprachenlernen kann auch überfordern

NZZ am Sonntag, 30.1.2022, René Donzé

Je früher, desto besser: So handelte die Schulpolitik in den letzten Jahrzehnten in Sachen Fremdsprachen. Zuerst wurde Französisch von der Sekundar- in die Primarschule vorverlegt, dann folgte Englisch. Kritikern dieses Trends wurde das Bild des Sprachbads entgegengehalten: Man müsse die Kinder bloss früh genug in Sprachen eintauchen lassen, dann lernten sie diese quasi von selbst. Unzählige Eltern haben das seither anders erlebt. Nun zeigen Studien, dass es in erster Linie von der Intelligenz, der Leistungsfähigkeit des Arbeitsgedächtnisses sowie von erblichen Faktoren abhängt, wie leicht ein Kind eine Sprache erlernt, und nicht vom Zeitpunkt. Der Schluss liegt nah: Wer ohnehin schulisch stark ist, profitiert vom frühen Sprachenunterricht, wer aber schon in Deutsch und Mathe Probleme hat, leidet zusätzlich in Englisch und Französisch. Es dürfte den Schwachen sogar schaden, wenn sie ihre begrenzten Lernkapazitäten auf so viele Fächer verteilen müssen. Nicht, dass die Bildungspolitik jetzt das Sprachbad gleich mit allen Kindern ausschütten muss. Doch sollte sie sich fragen, ob alle darin eintauchen müssen, und alle so früh. Man kann ja später noch dazulernen – das gilt auch für die Politik.

Am Lehrer liegt es nicht

NZZ am Sonntag, 30.1.2022, Wissen, Patrick Imhasly

Eine Studie zeigt: Entscheidend für das Erlernen einer Fremdsprache ist die Begabung – daran kann auch guter Unterricht wenig ändern. Und Französisch ist chancenlos gegen Englisch.

Reden im Slang eines amerikanischen Rappers oder polyglott durch die Welt wandeln: Wer träumt nicht davon, eine oder sogar mehrere Fremdsprachen zu beherrschen?

In der Schweiz, die so stolz ist auf ihre Viersprachigkeit, wurde das Erlernen mindestens einer weiteren Landessprache schon in den 1970er Jahren zu einer Frage des nationalen Zusammenhalts stilisiert. Doch erst seit die Harmonisierung der Ziele für den Fremdsprachenunterricht 2006 in der Verfassung verankert wurde, herrscht einigermassen Ruhe im Land. Das geltende Modell 3/5 besagt, dass die Schulkinder in der 3. Klasse die erste und in der 5. Klasse die zweite Fremdsprache zu lernen beginnen, wobei eine der beiden eine Landessprache sein muss. Nur ab und zu rüttelt ein Kanton an diesem Grundverständnis – 2017 etwa der Kanton Thurgau, wo eine Revolte zur Abschaffung des Frühfranzösisch in der Primarschule nur knapp scheiterte.

Jetzt, wo sich die Gemüter abgekühlt haben, ist indessen der Moment gekommen, um zu fragen: Wie steht es grundsätzlich um die Fremdsprachenfähigkeit der Primarschülerinnen und -schüler in der Schweiz, lässt sich diese beeinflussen, und hat Französisch überhaupt



eine Chance gegen Englisch? Raphael Berthele und Isabelle Udry vom Institut für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg haben zusammen mit weiteren Forscherinnen und Forschern genau das getan. In einer mehrjährigen Untersuchung haben sie zahlreiche Schüler in den Kantonen Freiburg und Zürich getestet und befragt. Dabei sind so viele Daten zusammengekommen, dass daraus ein Buch mit diversen Studien entstanden ist.

Die zentralen Befunde: Anders als angenommen wurde, sind Kinder in der Primarschule sehr unterschiedlich sprachbegabt. «Daran kann die Pädagogik möglicherweise weniger ändern, als wir gerne hätten», sagt Raphael Berthele. Und: Ob ein Kind motiviert ist, eine Fremdsprache zu lernen, schlägt sich nur bedingt im Lernerfolg nieder. Hinzu komme, so der Linguist, dass sich die Motivation im Lauf der Zeit oft bergab entwickle.

Um einen Vergleich von verschiedenen Landesteilen herzustellen, haben die Sprachforscher zwischen 2017 und 2019 174 Primarschüler im Kanton Freiburg sowie 637 Gleichaltrige im Kanton Zürich untersucht. In Freiburg wird ab der 3. Klasse Französisch und ab der 5. Klasse Englisch unterrichtet, in Zürich zuerst Englisch und dann Französisch. In umfangreichen Tests wurden möglichst viele Faktoren quantifiziert, die einen Einfluss auf individuelle Unterschiede beim Lernen einer Fremdsprache haben können.

Tests zur sogenannten Sprachlern-Eignung lieferten den Fachleuten Erkenntnisse darüber, wie sehr die Kinder in der Lage sind, bestimmte Laute phonologisch zu identifizieren, grammatische Regeln abzuleiten oder sich neue Wörter schnell merken zu können. Sie bekamen zum Beispiel Sätze in einer Phantasiesprache vorgelegt, mussten darin Regelmässigkeiten erkennen und diese auf neue Sätze anwenden.

Intelligenz- und Kreativitätstests liessen Rückschlüsse auf die generellen kognitiven Fähigkeiten und Lerneigenschaften der Primarschüler im Alter von 10 bis 12 Jahren zu. Hinzu kamen Befragungen zur Motivation der Kinder. Sowie solche, die den sozioökonomischen Hintergrund der Eltern ausleuchteten. Dazu gehörten zum Beispiel die in einer Familie gesprochene Sprache, der Bildungsstand, das monatliche Einkommen oder die Anzahl der Bücher in einem Haushalt.

Es gibt eine Sprachbegabung

«Auf der Basis von Spracherwerbsmodellen wurde früher oft angenommen, Kinder seien sowieso gut im Lernen von Fremdsprachen – Unterschiede fielen da nicht ins Gewicht», erklärt Raphael Berthele. Jetzt hat sich gezeigt, dass dem nicht so ist. Der grösste Teil der Unterschiede in den Kenntnissen einer Fremdsprache, sei es Französisch oder Englisch, lässt sich mit kognitiven Eigenschaften wie der Intelligenz, der Leistungsfähigkeit des Arbeitsgedächtnisses sowie der Eignung der Primarschüler zum Sprachenlernen erklären.

«Es gibt also so etwas wie eine Sprachbegabung, die sich in diesem Alter allerdings nicht von der allgemeinen Denk- und Lernfähigkeit unterscheiden lässt», sagt Berthele. Und diese Eigenschaft scheint einigermassen stabil zu sein: Wer in einem ersten Test zur Sprachlern-Eignung schlecht abschneidet, liegt in der Regel auch anderthalb Jahre später im unteren Leistungsspektrum.

Aus anderen Studien vermutet man, dass rund die Hälfte der Unterschiede bei den sprachlichen Fähigkeiten erblich bedingt sind. Das bedeutet aber auch, dass weitere Einflüsse eine ebenso grosse Rolle spielen. In der zweijährigen Untersuchung hat sich gezeigt, dass der Erfolg beim Lernen einer Fremdsprache insbesondere mit der intrinsischen Motivation positiv assoziiert ist – also mit der Freude an der Sprache, ohne dabei ein bestimmtes Ziel vor Augen zu haben.

«Wer gute Erfahrungen im Lernen einer Sprache macht, der entwickelt ein gutes sprachliches Selbstwertgefühl. Das wiederum ist ein guter Prädiktor für den Lernerfolg», sagt Hansjakob Schneider von der Pädagogischen Hochschule Zürich, der an der Untersuchung ebenfalls beteiligt war. Es sei deshalb wichtig, dass die Kinder «in einem sensiblen



Unterricht die Erfahrung von Meisterschaft» machen könnten. Das heisst zum Beispiel: «Sie sollten Strategien lernen, wie sie einen Text verstehen können», sagt der Experte für Deutsch und Deutsch als Zweitsprache.

Doch auch die Motivation hat ihre Grenzen, nämlich dann, wenn sie von aussen statt von innen kommt. Denken die Kinder, sie müssten eine Fremdsprache lernen, weil ihre Eltern sich das wünschten, oder hat man ihnen erklärt, sie würden nur so später im Leben einen guten Job finden, hat das keinen positiven Einfluss auf die Leistungen in dieser Sprache. Was sich auch bestätigt hat: Englisch ist als Fremdsprache klar beliebter als Französisch, sowohl bei den Primarschülern in Zürich als auch bei jenen in Freiburg. Es ist also eine Illusion, zu glauben, das Leben an einer Sprachgrenze erhöhe die Affinität zur Sprache auf der andern Seite. «Die Freiburger Schüler gehen in eine deutschsprachige Schule. Dass in der Nähe Französisch gesprochen wird, macht erstaunlicherweise keinen messbaren Unterschied», sagt Raphael Berthele. Das mag auch damit zu tun haben, dass Englisch als globale Sprache schon für Primarschüler in der Schweiz eine überragende Bedeutung hat – nicht zuletzt beim Surfen im Internet oder beim Gamen.

Die Rolle der sozialen Schicht

Je länger das Bücherregal der Eltern und je höher ihr Einkommen, desto besser die Bildungschancen der Kinder. Dieser Zusammenhang ist auch beim Sprachenlernen der Primarschüler in Freiburg und in Zürich zutage getreten – allerdings mit ein paar Überraschungen. Hansjakob Schneider hat dazu den Erwerb von Englisch mit jenem von Standarddeutsch als Unterrichtssprache verglichen. Das Ergebnis: Wer aus einem gebildeten und wohlhabenden Elternhaus stammt, zeigt in der Schule tendenziell gute Deutschleistungen. «Beim Englisch hingegen spielt die soziale Schicht keine direkte Rolle», sagt Schneider. Normalerweise wird hierzulande Englisch nicht in der Familie aufgebaut, deshalb fiel beim Englisch die Sprachlern-Eignung der Kinder stärker ins Gewicht als das soziale Umfeld. Hinzu kommt: Mehrsprachigkeit ist relativ. «Kinder, die zu Hause eine weitere Sprache sprechen, sind beim Lernen von Englisch weder überfordert, noch haben sie einen Vorteil, wie man das lange Zeit angenommen hat», sagt Raphael Berthele.

Das Lernen einer Fremdsprache ist eine komplexe Aufgabe, deren erfolgreiche Bewältigung von zahlreichen Einflussgrössen abhängt. Klar geworden ist in der Untersuchung der Sprachforscher: Die Lernvoraussetzungen der Schüler sind verschieden. Was man damit pädagogisch machen könne, sei eine schwierige Frage, sagt Raphael Berthele. Hansjakob Schneider plädiert für einen pragmatischen Ansatz: «Natürlich ist Intelligenz ein grosser Vorteil, aber schwache Kinder können viel kompensieren, wenn man in der Schule die richtige Motivation und das fremdsprachliche Selbstvertrauen fördert», sagt er.

Der Kompromiss

- **2006**, In diesem Jahr wurde in der Schweiz die Harmonisierung der Ziele für den Fremdsprachenunterricht in der Verfassung verankert.
- **3/5** Das geltende Modell besagt, dass die Schulkinder in der 3. Klasse die erste und in der 5. Klasse die zweite Fremdsprache lernen. Eine davon muss eine Landessprache sein.
- **23** Kantone halten sich an diesen Kompromiss. In Appenzell Innerrhoden und Uri wird Französisch erst in der Sekundarschule unterrichtet, im Tessin gelten spezielle Regeln.

Raphael Berthele, Isabelle Udry (Hrsg.): «Individual differences in early instructed language learning. The role of language aptitude, cognition, and motivation». EuroSLA Studies, 2021.



«Pädagogen blieben ungehört»

NZZ am Sonntag, 6.2.2022, Leserbriefe

«Am Lehrer liegt es nicht», NZZaS vom 30. Januar

Der Erfolg eines Kindes beim Erlernen einer Fremdsprache hänge (auch) vom Talent ab. Welch neue Erkenntnis, die da, natürlich wissenschaftlich in einer langen und wohl teuren Studie endlich belegt, dem Leser präsentiert wird! Haben das Lehrpersonen nicht schon seit Jahrzehnten gesagt und wurden dafür als Ewiggestrige abgetan?

Weiter habe sich gezeigt, dass für kindlichen Fremdspracherwerb «Intelligenz, Leistungsfähigkeit des Gedächtnisses sowie ihre Eignung für Fremdsprachen» wichtig seien. Auch dazu brauchte es Wissenschaftler. Erfahrene Pädagogen mit den gleichen Schlüssen hingegen verhalten jahrzehntelang ungehört. Interessanter wären zum Beispiel folgende Themen: Sind Eltern immer noch dafür, dass in der Primarschule alle Kinder zwei Fremdsprachen erlernen müssen? Was ist davon zu halten, dass die Kinder nach zwei Jahren Französisch meist nicht in der Lage sind, einige Verben zu konjugieren oder ein paar richtige Sätze zu bilden?

Thomas Bächinger, Männedorf (ZH)

Als die Frühfremdsprachen in den Primarschulen Einzug hielten, gab es eine grosse Gegnerschaft, die leider überstimmt wurde. Was ich hier nun gelesen habe, ist nichts Neues. Untersuchen könnte man viel eher etwas anderes. Viele Leute wissen um den Leerlauf und ärgern sich über die damit sinnlos verpuffte Zeit. Sie bemitleiden jene Schüler, die mit diesem Zwangssprachenlernen tagtäglich geplagt werden.

Weit sinnvoller wäre deshalb eine wissenschaftliche Studie, welche untersuchen würde, weshalb Volk und Politiker dennoch resignieren und in feiger Weise einfach zu- oder wegschauen, statt den Humbug endlich abzustellen.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Kommentar zu «Am Lehrer liegt es nicht»

10.2.2022, Marianne Wüthrich

Wie die beiden Leserbriefschreiber («Pädagogen blieben ungehört») habe ich mich darüber geärgert, dass angeblich eine Riesenstudie nötig war, um herauszufinden, dass viele Kinder mit dem Lernen von zwei Fremdsprachen in der Primarschule überfordert sind. Das sagen wir kritischen Lehrerinnen und Lehrer doch schon seit Jahrzehnten! Ob es aber sinnvoll ist zu werweisen, wieviel Prozent der Überforderung der Begabung, wieviel dem Unterricht und wieviel dem familiären / sozialen Umfeld zuzuschreiben sei?

Tatsache bleibt: Für alle Kinder in der Deutschschweiz ist es am vorteilhaftesten, wenn sie in der Primarschule zuerst gute Grundlagen in Deutsch lernen. Darauf können dann Fremdsprachen aufgebaut werden. Dass ein Kind aus einer fremdsprachigen Familie oder mit wenig Rückhalt zu Hause es in der Schule schwerer hat, ist logisch. Da können zusätzliche Sprachen in den ersten Schuljahren auch für gute Lerner erschwerend wirken. Das alles ist längst bekannt.

Völlig unverständlich ist mir der Titel "Am Lehrer liegt es nicht": Selbstverständlich liegt es immer auch am Lehrer! Trotz misslichem Fächerplan, trotz Lehrplan 21 und trotz «trümmlichen» Lehrmitteln hat die Lehrerin die Möglichkeit, das Schifflein in eine bessere Richtung zu lenken. Das ist ja der Sinn des Lehrerberufes.



Sarah soll verstehen

NZZ, 31.1.2022, Zürich und Region, Giorgio Scherrer

Eine Dreijährige spricht kein Deutsch, Hunderten von Kindern geht es ähnlich – ein Kita-Programm der Stadt Zürich will das ändern.

Sarah* mag Nastücher. Sie faltet sie genüsslich auf, wirft die gebrauchten schwungvoll in den Abfall und beschwert sich lautstark, wenn es keine mehr hat. Jetzt drückt sie sich gerade zwei über das Gesicht, springt auf und schnäuzt sie bei der Landung voll. Es ist ein Gaudi. «Sarah, wie viele Nastücher hast du denn da?», fragt Carolin Deiner. «Zwei!», ruft Sarah fröhlich, und beide lachen.

Eine ganz normale Szene in einer ganz normalen Kita in Zürich-Altstetten? Nicht ganz. Denn Carolin Deiner, die an diesem Morgen mit Sarah spielt, ist keine normale Kita-Fachfrau, sondern eine Spezialistin für Deutschförderung bei Kleinkindern. Und Sarah – drei Jahre alt, zwei Muttersprachen, keine davon Deutsch – hätte noch vor wenigen Monaten weder Deiners Frage verstanden noch ihr so antworten können. «Sie hat heute Worte aufgegriffen, neue verstanden», wird Deiner nach der Spielstunde mit Sarah sagen. «Das war ein erfolgreicher Besuch.»

Lernen mit Spielzeugfischen

Sarah erhält alle zwei Wochen eine Stunde lang Deutschförderung von Carolin Deiner, dazwischen arbeiten die Kita-Angestellten mit ihr. Das Ziel: Sarah soll aufholen. Kinder in ihrem Alter können normalerweise klar sagen, was sie wollen. Ohne Hilfe ein Rollenspiel machen, Verkäuferlis zum Beispiel. Sarah kann das auf Deutsch noch nicht. Bis sie in den Kindergarten kommt, soll sie gleich weit sein wie die anderen. Damit sie ihre Schulkarriere nicht schon mit einem Rückstand beginnt.

Doch wie bringt man einer Dreijährigen überhaupt Deutsch bei? Zum Beispiel so: Sarah inszeniert gerade die Schlachtung eines Spielzeugfischs und kommentiert in ihrer Muttersprache Englisch. Carolin Deiner spielt mit.

Sarah: «Bye, fish!» – Deiner: «Tschüss, Fisch!» – «Bye, fish!» – «Tschüss, Fisch!» – «. . . Tschüss!»

Der Fisch wird getötet und zubereitet.

Sarah: «Yummy!» – Deiner: «So fein!» – «Yummy!» – «So fein!» – «. . . Yummy!»

Im Spiel die deutschen Wörter hören, durch Wiederholung die richtigen Ausdrücke lernen und sie am Ende idealerweise selbst anwenden: So funktioniert Deutschunterricht in Zürcher Kitas. «Ich zwinge ihr nichts auf, gehe auf ihre Interessen ein, fordere sie aber auch heraus», sagt Carolin Deiner. Etwa mit neuen Wörtern oder offenen Fragen.

«Was isst der Fisch?» – «Yummy!» – «Was isst er?» – «Yummy!» – «Was isst er?» – «Ässe Brot.»

Sarah lacht schallend. Spass scheint sie also zu haben.

Aber hat sie auch wirklich etwas gelernt? Ja, findet man in Sarahs Kita. Anfangs sei sie zurückhaltend und schüchtern gewesen, erzählt ihre Betreuerin Cristina Chirica. Bei Konflikten habe Sarah schnell nachgegeben. «Die Sprachförderung hat ihr einen guten Schubs gegeben, um sich hier noch wohler zu fühlen.» Wenn sie etwas nicht hergeben möchte, schreit sie nun: «Nei!» Wenn sie etwas nicht versteht, fragt sie: «Hä?» Und sie hat eine beste Freundin gefunden, die ihr kürzlich das Wort «Eisenbahn» beibrachte.

Die Stadt Zürich setzt voll auf die Deutschförderung in Kitas. In den vergangenen sechs Schuljahren hat sie ihr Programm dazu stetig ausgebaut. Eine externe Evaluation stellte



der Deutschförderung ein gutes Zeugnis aus. 428 Kinder in 134 Kitas sind zurzeit Teil davon. Und es sollen noch mehr werden. Bis 2025 sollen 14 Prozent der Kinder im Vorschulalter mitmachen, also etwa doppelt so viele wie jetzt. Die Kosten belaufen sich auf 1,7 Millionen Franken jährlich. Bis 2025 sollen es 2,9 Millionen sein.

Das Programm «Gut vorbereitet in den Kindergarten» funktioniert nach einem einfachen Prinzip: Ein Kind mit Deutschdefizit kommt in eine reguläre Kita. Dort erhält es regelmässig Förderstunden, bezahlt von der Stadt und durchgeführt von der Pädagogischen Hochschule St. Gallen. Die Kita-Angestellten schauen dabei zu – und lernen auf diese Weise, wie sie die Techniken der Expertin selbst anwenden können. So auch bei Sarah. Ihre Betreuerin Cristina Chirica schaut der Förderstunde auf einem kleinen Kinderstuhl sitzend zu, mit Notizpapier und Stift in der Hand.

«Grüezi, ich hätte gern ein Brot.» – «Da is kei Brot.» – «Was denn? Ein Fisch?» – «Nei, kei Fisch.» – «Gibt's gar nichts?» – «No.» – «Nein?» – «Nobody, no Brot.»

Diesen Dialog bespricht Chirica später im Coaching, das auf jede Förderstunde folgt. Sarah gibt mehrmals auf Deutsch Antwort, das ist ein Fortschritt. Doch die Vermischung mit englischen Wörtern ist ein Problem. Beide Sprachen gut zu sprechen, aber zwischen ihnen unterscheiden zu können, ist ein zentrales Ziel der Förderung.

Deshalb spricht Cristina Chirica möglichst kein Englisch mit Sarah, sondern redet mit Händen und Mimik, wenn Sarah sie nicht versteht. «Sie hat die Ideen, aber keine deutschen Wörter dafür», sagt Chirica. «Die versuchen wir ihr zu geben.»

«Let's go!» – «Los geht's!» – «Let's go!» – «Los geht's!» – «. . . Bauzooooo!»

Manchmal weiss auch die Förderexpertin Deiner nicht, was ihr Schützling da gerade zu sagen versucht. «Aber man darf ihr nicht zeigen, dass man sie nicht versteht.» Sonst zieht sich Sarah zurück, probiert nichts mehr aus. Dabei ist genau das – ausprobieren, scheitern, neu versuchen – der Kern des Lernens, bei jeder Sprache.

Nicht weniger als drei Sprachen prägen Sarahs Alltag: Englisch, Französisch und Deutsch. Sie ist damit kein Einzelfall. Die Hälfte der Zürcher Kinder wächst mehrsprachig auf, für 40 Prozent ist Deutsch eine Zweitsprache, und jedes dritte Kleinkind braucht sprachliche Förderung. Das zeigt eine Erhebung der Stadt. Immerhin die Hälfte der förderbedürftigen Kinder nimmt am Deutschprogramm Teil, Tendenz steigend. Das Angebot wird also rege genutzt. Eltern erhalten von der Stadt auch kein zusätzliches Geld, wenn sie ihr Kind dafür in der Kita platzieren. Die regulären Subventionen sind für Geringverdienerinnen allerdings bereits recht grosszügig. Entsprechend stammen auch die meisten Förderkinder aus finanziell weniger privilegierten Verhältnissen.

Kinder in die Kitas bringen

Die Stadt will mit ihrem Programm vor allem Kinder erreichen, die noch nicht in einer Kita sind – und wegen des Förderprogramm überhaupt erst eintreten. Sie sollen dank der frühen Fremdbetreuung nicht nur besser Deutsch lernen, sondern auch andere Kinder und schulische Strukturen kennenlernen. «Die Kinder kommen zum Teil aus Familien ohne viele Kontakte zum deutschsprachigen Umfeld», sagt Carolin Deiner. «Für sie ist es besonders wichtig, die Sprache ihrer Umgebung kennenzulernen.» Das könne manchmal ein kleiner Kulturschock sein, es sei aber für die Vorbereitung auf den Kindergarten wichtig.

Durch den Kontakt mit der Kita sollen aber auch die Eltern mitbekommen, wie viel Selbständigkeit zum Beispiel bei der Einschulung erwartet wird. Und die Kinder sollen lernen, welche Art von Essen es in schulischen Einrichtungen gibt. So wie Sarah: Sie isst zum Zmittag am liebsten nur Brot. Kartoffelstock oder Pommes frites sind ihr nicht geheuer. Deshalb wird sie jetzt langsam an das gewöhnt, was in ihrer Kita als normale



Mittagskost gilt. Dabei müssen sich die Kita-Fachpersonen täglich die Frage stellen: Wo endet die Förderung von Sprache und Integration? Und wo beginnt Erziehung zu einem bestimmten Verhalten? Einfache Antworten darauf gibt es nicht. Doch alle Beteiligten betonen, es gehe darum, den Kindern beim Lernen zu helfen. Die Erziehung bleibe Sache der Eltern. «Sie sind die Experten, was ihr Kind angeht», sagt Carolin Deiner. «Wir sind die Experten beim Erlernen der Sprache.»

Die Förderexpertin sitzt neben Sarah auf dem Boden, folgt ihr von Spiel zu Spiel, hört zu, spricht Wörter auf Deutsch nach. Was sie tut, ist keine Hexerei. Es ist eigentlich einfach das, was es in Kitas zwischen Erwachsenen und Kindern zu selten gibt: ein längeres Gespräch.

«I bin Sarah!» – «Und ich bin Carolin.» – «I bi Carolin!» – «Wirklich? Dann wäre ich ja Sarah.» – «Nei, i bin Sarah!» – «Du bist Sarah, ich bin Carolin. Ist es so richtig?» – «Ja!»

Das Frühförderprogramm der Stadt hilft nicht nur dem Deutsch der Kinder. Es schafft auch in der Politik etwas Seltenes: Von rechts bis links steht eine breite Allianz dahinter – und das im sonst so umkämpften Kita-Thema. Für die FDP-Gemeinderätin Yasmine Bourgeois ist die Freiwilligkeit zentral, solange für einen obligatorischen Kita-Besuch die Gesetzesgrundlage fehlt. Es sei zudem wichtig, dass bei zusätzlichen Kita-Subventionen Zurückhaltung geübt werde. «Wer selber zahlen kann, soll das auch tun.» Unter diesen Voraussetzungen befürwortet sie die Sprachförderung in Kitas. Denn: «Wenn man mit schlechtem Deutsch startet, zieht sich das durch die gesamte Schulkarriere», sagt Bourgeois, die selbst eine Primarschule leitet. «Sogar in Mathe ist es schwierig, wenn man die Sprache nicht gut spricht. Und es ist einfach schade, wenn ein kluges Kind deshalb nicht weiterkommt.»

Ähnlich sieht es die AL-Kantonsrätin Judith Stofer. «Frühförderung ist total wichtig, für die Sprache und die Integration», sagt sie. Es sei im Interesse der Kinder, dass sie gut Deutsch lernten und nicht abgeschottet würden. «Je früher die Kinder in der Kita sind, desto besser, auch für ihre sozialen Kompetenzen.»

Zürich als Vorbild

Nicht ganz einig sind sich linke und rechte Politikerinnen, wenn es um eine allfällige Verpflichtung zum Kita-Besuch geht. Für Stofer wäre eine solche für Kinder mit Deutschproblemen denkbar. Aber auch sie findet: «Eigentlich sollte man es auch ohne Pflicht schaffen, genug Eltern von einer Teilnahme zu überzeugen.»

So sieht es auch eine Mehrheit im Zürcher Kantonsrat, der eine Kita-Pflicht beschliessen müsste. Entsprechende Vorstösse wurden mehrmals abgelehnt. Letztes Jahr wurde jedoch mit knapper Mitte-links-Mehrheit entschieden, dass der Kanton die Gemeinden beim Ausbau der Deutsch-Frühförderung unterstützen soll. Das Stadtzürcher Projekt könnte dabei zum Vorbild werden. Richterswil führt derzeit ein sehr ähnliches Pilotprojekt zur Kita-integrierten Deutschförderung durch. Andere Gemeinden wie Kloten oder Wallisellen haben schon länger eigene Programme.

Zurück in der Kita in Zürich Altstetten. Dort sorgt unterdessen Sarahs Schnuddernase erneut für eine Lerngelegenheit. «Sarah, willst du dir nicht die Nase putzen gehen?», fragt Carolin Deiner. Sarah blickt vom Spielen auf, plötzlich konzentriert. Keine Handbewegung verrät, was gemeint sein könnte. Da ist nur die

Die vielsprachige Stadt Zürich

Welche Sprache bei Zürcher Kindern zu Hause gesprochen wird, in Prozent



QUELLE: SPRACHSTANDERHEBUNG STADT ZÜRICH

NZZ / soi.



Sprache. «Die Nase putzen?», wiederholt Deiner. Sarah sitzt ganz still. Dann steht sie plötzlich auf, holt sich ein Nastüechli und schnäuzt genüsslich. Sie hat verstanden.

* Name geändert.

Immer mehr Kinder können nur ungenügend Deutsch

20 Minuten, 10.2.2022, Lukas Hausendorf

LIESTAL. In Baselland sollen Kinder von Schweizer Eltern zur sprachlichen Frühförderung verpflichtet werden können – ein Novum.

Die Mitteilung zur Vernehmlassung eines neuen Gesetzes über die sprachliche Frühförderung im Kanton Baselland lässt aufhorchen. «In den letzten Jahren hat die Anzahl der Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen stark zugenommen, sowohl unter Kindern fremdsprachiger Herkunft als auch unter Schweizer Kindern.» Nach der Einschulung benötigen inzwischen rund 20 Prozent der Kinder Förderunterricht in «Deutsch als Zweitsprache». Ein steigender Anteil der Kinder dieses Förderangebots hat aber Deutsch als Muttersprache. Das zeigen Daten des Statistischen Amtes Baselland. «Sprachliche Frühförderung ist kein reines Migrationsthema», sagt Thomas Nigl, der zuständige Projektleiter für die frühe Sprachförderung bei der Baselbieter Sicherheitsdirektion. Das sei bis jetzt wohl unterschätzt worden.

Was der Kanton Baselland plant, ist ein Novum in der Schweiz. Das Gesetz sieht vor, dass Gemeinden Eltern verpflichten können, dass ihre Kleinkinder unmittelbar vor dem Kindergarten einen erweiterten Grundwortschatz lernen. Die Kosten für die obligatorische Sprachförderung tragen die Gemeinden.

Der Schweizer Lehrerverband begrüsst den Ansatz. «Die frühe Sprachförderung ist ein zentraler Aspekt einer ganzheitlichen frühen Förderung. Sie ist für alle Kinder wichtig – nicht nur für fremdsprachige», sagt LCH Zentralsekretärin Franziska Peterhans. «Es wurde höchste Zeit, dass etwas passiert», sagt auch die Baselbieter SP-Präsidentin Miriam Locher. Die Kindergartenlehrkraft kämpft schon seit fast zehn Jahren für dieses Anliegen. Sie kennt die Problematik aus der Praxis. «Ich konnte im Verlauf der letzten 15 Jahre beobachten, dass immer mehr Kinder in der Kommunikation auffällig sind. Oft herrschen Sprachauffälligkeiten, sei es in Bezug auf Probleme beim Sprachverständnis, beim Wortschatz, der Aussprache oder der Grammatik», sagt sie. «Und das betrifft nicht nur Kinder mit einem Migrationshintergrund.»

Angriff auf die Schulklasse für alle

NZZ, 10.2.2022, Schweiz, Erich Aschwanden, Daniel Gerny

Verhaltensauffällige und behinderte Kinder gehen in die normale Regelklasse – doch die integrative Schule gerät erneut unter Druck

Christoph Keller hat als ehemaliger SVP-Kantonalpräsident und langjähriger Nidwaldner Parlamentarier schon einige politische Schlachten geschlagen. Doch solch heftige Reaktionen wie auf seinen letzten Vorstoss hat er noch selten erlebt. «Ich habe offenbar in ein Wespennest gestochen», sagt der Bruder von SVP-Generalsekretär Peter Keller. Sein Anliegen: Der Kanton Nidwalden soll das integrative Schulsystem überprüfen und wieder



vermehrt auf Klein- und Förderklassen setzen.

Die integrative Schule gehört seit Jahren zu den Reizthemen im Bildungsbereich. Nach 2005 setzte sich in der Schweiz mehr und mehr die Idee durch, dass auch verhaltensauffällige, lernschwache und behinderte Kinder Regelklassen besuchen sollen. Individuell abgestimmte Fördermassnahmen sollten dies ermöglichen. 2007 bildeten die Kantone dafür sogar ein eigenes Sonderpädagogik-Konkordat, dem heute 16 Kantone angehören. Es sieht vor, dass im sonderpädagogischen Bereich integrierende den separierenden Massnahmen vorgezogen werden. Die einstigen Klein- und Förderklassen wurden damit zum grössten Teil abgeschafft.

Hilfe für die Hälfte der Klasse

Doch die Zweifel über das Konzept sind nie ganz abgerissen, und jetzt kocht die Diskussion erneut hoch: Im Kanton Basel-Stadt hat ein überparteiliches Komitee eine Volksinitiative zur Wiedereinführung von Kleinklassen gestartet, die es neu Förderklassen nennt. Im Unterschied zu anderen Kantonen gibt es in Basel kaum noch solche kleinen Klassen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen. «So stösst unser Schulsystem an Grenzen», sagt Marianne Schwegler, Mitglied des Initiativkomitees.

Zwar besuchen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen Klassen mit unterstützungsbedürftigen Kindern für ein paar Stunden pro Woche. Das sei aber vielfach zu wenig. Schwegler ist selbst Heilpädagogin und kennt Klassen, in denen jedes zweite Kind Unterstützung benötigt. Schüler, die auf kleinere Lerngruppen angewiesen sind oder die wegen ihres auffälligen Verhaltens nicht in eine Regelklasse integriert werden können, sollen wieder in Förderklassen eingeteilt werden.

Dass sich der Unmut ausgerechnet in Basel-Stadt manifestiert, überrascht nicht. Bei Leistungsvergleichen schneiden Schülerinnen und Schüler aus diesem Kanton oft schlecht ab. Das städtische Umfeld vergrössert die Probleme in der integrativen Schule: Wegen der beträchtlichen Anzahl an Kindern, die Deutsch als Zweitsprache haben, sind die Anforderungen an die Lehrpersonen ohnehin hoch. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Kinder aus belasteten Familien zu, wie Schwegler beobachtet. Vielen Kindern fehlten beim Eintritt in die Schulen die nötigen Grundfähigkeiten wie Frustrationstoleranz, Impulskontrolle oder Konzentrationsfähigkeit.

Dabei gilt die integrative Schule als einer der wegweisenden Fortschritte der letzten Jahrzehnte. Elisabeth Moser Opitz, die Direktorin des Instituts für Erziehungswissenschaft an der Universität Zürich, befasst sich seit langem mit diesem Konzept und hat mehrere Studien und Evaluationen zu diesem Thema verfasst. «Die Forschungsergebnisse zeigen ganz klar, dass die Integration für die Schülerinnen und Schüler insbesondere auf der Leistungsebene Vorteile hat», bilanziert die Professorin für Sonderpädagogik.

So haben Professorin Beatrix Eugster und Simone Balestra von der Universität St. Gallen untersucht, ob die Integration von Kindern mit besonderem Bildungsbedarf negative Auswirkungen auf deren Mitschüler hat. Ihre 2021 präsentierten Analysen zeigen allerdings auch, dass ein steigender Anteil an Kindern oder Jugendlichen mit speziellem Betreuungsbedarf in einer Klasse mit negativen Auswirkungen auf die schulische Leistung einhergeht. Diese Effekte zeigen sich aber erst, wenn der Anteil dieser Kinder in einer Klasse 15 bis 20 Prozent übersteigt. Auch Beatrice Kronenberg nennt diesen Schwellenwert in ihrem Bericht «zur Sonderpädagogik in der Schweiz».

Altes System ist keine Lösung

Mit Basel-Stadt und Nidwalden kommt die Kritik am integrativen Schulsystem sowohl aus dem städtischen Umfeld wie auch aus einer ländlichen Region. Dass sich in Nidwalden Widerstand regt, erstaunt insofern, als wohl kein Kanton mehr Erfahrung hat mit diesem



Schulsystem. Bereits 2010 beschloss die Regierung, konsequent auf dieses Modell zu setzen. Ausschlaggebend dafür war, dass es sich aufgrund der niedrigen Schülerzahlen immer weniger lohnte, Kleinklassen in den Gemeinden zu führen. Die Situation präsentiert sich also gerade umgekehrt zu heute in Basel-Stadt, wo zu viele Kinder Unterstützung benötigen.

Doch nun wird der integrative Unterricht zum Thema bei den kantonalen Wahlen, die am 13. März stattfinden. Die SVP hat in der Lokalpresse Inserate geschaltet, in der sie «Klare Grenzen beim integrativen Unterricht» fordert und sich starkmacht für «die Wiedereinführung von altersgerechten Klein- und Förderklassen». Die Nidwaldner Lehrer schlugen ihrerseits zurück mit einem Inserat, in dem sie sich gegen den «Wahlkampf auf Kosten der Schwächsten» wehren und «Chancengleichheit für alle Kinder» fordern.

Im Parlament hat SVP-Mann Keller bereits einen Teilerfolg erzielt. Die Bildungskommission hat den Vorstoss nach einer äusserst kontroversen Debatte zur Annahme empfohlen. «Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die schulpflichtige Kinder haben, standen auf unserer Seite. Die anderen waren gegen die Überprüfung», sagt der SVP-Parlamentarier und ehemalige Lehrer.

Obwohl die Kritik an der integrativen Schule wieder lauter wird, will kaum jemand zurück zum früheren System, als Kleinklassen die Norm waren: «Das ist keine Lösung, und das streben wir auch nicht an», erklärt Bildungsdirektor Res Schmid (SVP). Auch aus der Sicht von Elisabeth Moser Opitz löst die Einführung von Kleinklassen die Herausforderung des Umgangs mit Verhaltensauffälligkeiten nicht. «Kinder mit starken Verhaltensauffälligkeiten brauchen immer besondere Betreuung und zusätzliche Ressourcen. Das ist unabhängig davon, wie gross die Klasse ist», betont die Pädagogin. Auch Marianne Schwegler betont, sie wolle im Kanton Basel-Stadt die integrative Schule «nicht abschaffen, sondern im Gegenteil stärken».

Nach zwölf Jahren Erfahrungen in der Praxis sei es aber an der Zeit, den Ist-Zustand unter die Lupe zu nehmen, betont der Nidwaldner SVP-Regierungsrat. Ein möglicher Weg ist die Schaffung von sogenannten Schulinseln oder Lernorten, wie sie in einigen Nidwaldner Gemeinden bereits bestehen. Dabei handelt es sich um ein niederschwelliges Angebot vor Ort für Schüler, die kurzfristig oder über eine befristete Zeit dem Unterricht in der Regelklasse nicht folgen können. Diese Kinder sollen so schnell wie möglich in die Regelklasse zurückkehren.

Ein Jahrhundertprojekt

Die Vorstellungen des Basler Initiativkomitees gehen deutlich weiter: Schülerinnen und Schüler, die kleinere Lerngruppen benötigen, um sich entfalten zu können, oder solche, die wegen ihres auffälligen Verhaltens nicht in eine Regelklasse integriert werden können, sollen wieder über längere Zeit in Förderklassen unterrichtet werden. Die betroffenen Schülerinnen und Schüler sollen so unterrichtet werden, dass eine Integration in die Regelklasse schnell möglich wird, so Schwegler: «Es ist nicht wünschenswert, wenn Kinder ihre ganze Schulkarriere in Sonderklassen durchleben.»

Das Basler Erziehungsdepartement (ED) steht dem Vorhaben dennoch skeptisch – um nicht zu sagen: klar ablehnend – gegenüber. Die integrative Schule sei ein Jahrhundertprojekt, das man wegen bestehender Probleme nicht einfach aufgeben dürfe, erklärt Bildungsdirektor Conradin Cramer (LDP) auf Anfrage. Doch die zunehmenden Probleme sind auch für das ED unübersehbar. So will Cramer wieder mehr getrennte Angebote in kleinen Klassen einführen, ohne aber vom bisherigen System abzurücken.

Cramer muss reagieren, denn die Initiative hat beim Volk gute Chancen – zumal sie von der Lehrgewerkschaft aktiv propagiert wird. In Basel-Stadt zeigt eine Umfrage unter Lehrerinnen und Lehrern, dass die integrative Schule im Grundsatz zwar immer noch



begrüssst, jedoch gleichzeitig zunehmend als Belastung empfunden wird: Fast drei Viertel der Befragten befürworteten die Wiedereinführung von Kleinklassen.

Kommentar zu «Angriff auf die Schulklasse für alle»

10.2.2022, Hans-Peter Köhli

Verhaltensauffällige und behinderte Kinder gehen in die normale Regelklasse – doch die integrative Schule gerät erneut unter Druck

Im Kanton NW hat die Bildungskommission des KR einem Vorstoss zur Wiedereinführung von altersgerechten Klein- & Förderklassen zugestimmt. In BS läuft ja bereits eine Volksinitiative in ähnlichem Sinne. Interessant: Während in BS die Lehrerschaft das Vorhaben unterstützt, ist jene von NW dagegen; sie will die Schwachen schützen - aber das wollen ja beide Seiten. In der Bildungskommission sei es so gewesen, dass die Parlamentarier, welche schulpflichtige Kinder haben, für Kleinklassen gewesen seien, die andern dagegen.

Es zeigt sich immer dasselbe Bild. Professorinnen div. Universitäten werden nicht müde, auf Grund irgendwelcher Studien vom Erfolg der Integration zu sprechen. An vielen Orten ist die Opposition an der Basis von Eltern und Lehrpersonen jedoch sehr gross, weil das, was in der Theorie wunderschön tönt, in der Praxis auf Grund der fehlenden Rahmenbedingungen oft überhaupt nicht funktioniert. Längst haben deshalb verschiedene Kantone begonnen, auf eigentlich illegalen Wegen mit für sie zugeschnittenen Lösungen von Lerninseln, Auszügen oder anderen Massnahmen die Totalintegration zu verwässern bzw. zu umgehen.

Die Bildungsdirektoren von NW und BS, Schmid und Cramer, erklären beide, es müsse reagiert werden, auch wenn man nicht das gleiche System wie früher anstrebe. Die heutigen Probleme seien tatsächlich unübersehbar. In BS sollen die neuen, kleineren Klassen «Förderklassen» genannt werden.

Gut so. Zumindest neue Namen müssen her. In ZH gab es früher «Spezialklassen», dann hiessen sie «Sonderklassen», schliesslich «Kleinklassen», weil man zwar einsah, dass die früheren Lösungen auch ihre Berechtigung hatten, aber natürlich nicht mehr mit der gleichen Bezeichnung weiter existieren durften. Lassen wir uns überraschen, welche Ideen diesmal auftauchen. Jedenfalls ist es sehr zu begrüßen, dass nun endlich in das verfuhrwerkte, unbefriedigende System mit seinen gravierenden Missständen zunehmend Bewegung kommt.



Zürcher Grüne wollen die Klimaziele der Stadt im Schulunterricht verankern

NZZ, 9.2.2022, Zürich und Region, Isabel Heusser

Die Vorhaben der «Klima-Allianz» im Gemeinderat sollen in der Volksschule thematisiert werden – bürgerliche Politiker sind dagegen

Mit dem Velo in die Schule gefahren? Macht einen Velo-Sticker im Sammelalbum. Eine «Aktion» zum Thema regionale Ernährung? Dafür gibt's einen Apfel-Sticker. Und für eine Energiespar-«Aktion» winkt ein Sticker mit einer Glühbirne drauf. Im Programm «Kleine Klimaschützer unterwegs», das die Stadt Zürich bewirbt, ist keiner zu klein, um sich schon Sorgen ums Klima zu machen – auch wenn sie oder er die erste Klasse besucht und vor allem damit beschäftigt ist, lesen und schreiben zu lernen. Die «Klimameilen», die Schülerinnen und Schüler der ersten bis vierten Klasse sammeln, werden jeweils den Politikerinnen und Politikern an der Weltklimakonferenz überreicht. Am Projekt nehmen jährlich Schulen in mehreren europäischen Ländern teil.

Politik in der Schule

In der Stadt Zürich scheint das Programm etwas eingerostet zu sein. Die letzten gesammelten Meilen konnten der städtischen Umweltschutzfachstelle bis zum 31. Oktober 2020 gemeldet werden. Das Beispiel zeigt aber, welchen Stellenwert die Themen Klima und Klimapolitik in der Schule haben. Der Zürcher Umwelt- und Gesundheitsschutz führt online ein ebenfalls ziemlich veraltetes Infoblatt für Schulen zum Klimawandel auf, in dem die städtische Klimapolitik thematisiert wird. Natürlich dürfen da auch Greta Thunberg und die Klimastreiks nicht fehlen.

Den Grünen reicht das nicht: Sie wollen, dass in der Volksschule die städtischen Klimaziele in den Unterricht und in den Schulalltag einfließen. Damit dies gelinge, sollten den Lehrerinnen und Lehrern entsprechende Weiterbildungsangebote bereitgestellt werden. So ist es in einem Vorstoss formuliert, den Julia Hofstetter und Balz Bürgisser, beide Mitglieder des Stadtparlaments, eingereicht haben.

Es handelt sich um diejenigen Klimaziele, die von einer «Klima-Allianz», bestehend aus SP, Grünen, GLP, AL und EVP, lanciert und im letzten Dezember im Gemeinderat festgesetzt wurden. Im Wesentlichen geht es darum, dass Zürich bis 2040 klimaneutral werden soll. Die Klimaziele sind also ein politisches Produkt, um das lange gestritten wurde. Gleichzeitig gibt das Gesetz vor, dass der Unterricht politisch neutral sein soll. Warum also sollen sich nun Schulkinder mit den Klimazielen beschäftigen?

Umweltsorgen im Unterricht

«Der Klimawandel ist wissenschaftlich belegt», sagt Julia Hofstetter. «Der Vorwurf, Klimaschutz in der Bildung sei grünes Wahlprogramm, ist unbegründet. Die Klimaziele werden von der Stimmbevölkerung festgelegt.»

Zwar sei die Bildung für nachhaltige Entwicklung heute schon im Unterricht verankert, aber der Klimawandel werde selten thematisiert. «Kinder und Jugendliche sollen ihre Handlungsmöglichkeiten für mehr Klimaschutz kennen, sie sollen ihre Umweltsorgen in der Schule thematisieren können, und sie sollen gute Beispiele umgesetzter Klimaschutzmassnahmen kennen», sagt Hofstetter, «immer basierend auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen.» Schülerinnen und Schüler hätten das Recht darauf, zu erfahren, wie CO₂, Methan und Lachgas wirken, wo diese Gase entstünden und wie sie vermieden werden könnten. Sie habe festgestellt, dass viele Lehrpersonen sich nicht zutrauten, den Klimawandel im Unterricht zu behandeln, sagt Hofstetter. Deshalb sei ihr Vorstoss als unterstützende Hilfeleistung gedacht, basierend auf dem bestehenden Lehrplan.

Gar kein Verständnis dafür hat Yasmine Bourgeois. Sie ist Schulleiterin in Zürich und sitzt



für die FDP im Stadtparlament. «Dieser Vorstoss vermischt städtische Politik und Lehrplan», sagt sie. «Die vom Gemeinderat beschlossenen Klimaziele sind Teil eines politischen Programms auf Gemeindeebene und gehören damit nicht in die Volksschule.» Die Verfassung gebe klar vor, dass die Volksschule politisch neutral zu sein habe. «Julia Hofstetter ist offenbar der Ansicht, dass ihre Ansichten politisch neutral sind.»

«Ideologisch durchtränkt»

Bourgeois sagt: «Die Kinder sind gemäss demokratisch abgesegetem Lehrplan nicht nur an den Klimawandel, sondern an eine nachhaltige Entwicklung heranzuführen.» Dies umfasse die Perspektiven «Gesellschaft», «Umwelt» und «Wirtschaft» und habe mit den vom Bildungsrat vorgegebenen Lehrmitteln zu erfolgen. Der Lehrplan sei nicht Sache der Gemeinden. Im Unterricht sollten die Kinder lernen, wie sie selbst einen Beitrag zum Umweltschutz leisten könnten – etwa, indem sie das Licht nicht unnötig brennen lassen, kein warmes Wasser verschwenden oder Reste essen. Stefan Urech (SVP) ist selbst Sekundarschullehrer und findet den Vorstoss hochproblematisch. Bei den Klimazielen handle es sich um ein politisches Programm, in diesem Fall der Grünen. «Und das hat im Unterricht nichts verloren», sagt er. Klimaschutz und Klimawandel würden bereits heute mit den Schülerinnen und Schülern diskutiert. «Im Prinzip spricht nichts dagegen, das ist Teil des Fachs Geografie.» Aber diese Themen würden von vielen Lehrpersonen ideologisch durchtränkt. «Wir sollten Kinder dazu anhalten, kritisch zu denken und Mehrheitsmeinungen zu hinterfragen», sagt Urech. «Stattdessen wird schon Primarschülern eingetrichtert, dass Plastik böse ist. Man muss also nicht so tun, als gäbe es in der Schule noch ein Vakuum für diese Themen.»

Maya Kägi Götz (SP) sagt, sie finde die Stossrichtung des Postulats unterstützenswert. «Die Klimaziele sind mehr als ein politisches Konstrukt, die unbestritten eine eindeutige Mehrheit in der Stadt haben.» Deshalb sei es vertretbar, die Klimaziele in den Unterricht einzubinden. Kinder sollten sich schon früh mit Umwelt- und Klimaschutz beschäftigen. «Es muss natürlich alters- und zielgruppengerecht sein.» Wenn manche Eltern und Lehrpersonen befürchteten, dass politische Ansichten ins Klassenzimmer hineingetragen werden könnten, habe sie Verständnis dafür, sagt Kägi Götz. Es gehe aber um Aufklärung und nicht darum, Ängste zu schüren oder Verbote auszusprechen.

Ob der Stadtrat bereit ist, den umstrittenen Vorstoss anzunehmen, ist noch nicht klar. Klar ist hingegen: Stellt sich die «Klima-Allianz» hinter den Vorschlag der Grünen, ist die Überweisung im Parlament Formsache.

4-Tage-Woche mindert Schulleistungen

NZZ am Sonntag, 30.1.2022, Neues aus der Wissenschaft

In den USA gehen immer mehr Schulen zu einer 4-Tage-Woche über. Das soll Kosten sparen, Schülern mehr Zeit für ausserschulische Aktivitäten geben und zudem Fahrzeiten einsparen. 2018/19 befolgte landesweit etwa 1 Prozent aller Schulen die verkürzte Schulwoche. Wie wirkt sich diese auf die Leistungen aus? Das haben Forscher im Gliedstaat Oregon untersucht, wo mittlerweile 11 Prozent der Schulen die 4-Tage-Woche befolgen. Wie die Daten von 350000 Schülerinnen und Schülern zeigen, schnitten Elftklässler mit verkürzter Schulwoche bei standardisierten Mathetesten schlechter ab als die mit 5 Tagen Schule. Bei den Leseleistungen liessen sich keine Einbussen beobachten («Education Economics»). Dass die Matheleistungen der Oberstufenschüler leiden, erklären sich die Autoren wie folgt: Während Eltern ihre Kinder bei der Arithmetik unterstützen könnten, sei dies bei Algebra und der Infinitesimalrechnung nicht mehr der Fall. (tlu.)



«Die Angst der Eltern vor der Realschule»

NZZ, 7.2.2022, Meinung & Debatte, Leserbrief

Hauptursache für die grossen Herausforderungen in der Realschule ist die Aufhebung der Kleinklassen, wobei nicht in erster Linie die Kinder mit Lernschwächen ein Problem darstellen, sondern diejenigen mit Verhaltensauffälligkeiten, welche eine ganze Klasse in Geiselhaft nehmen können (NZZ 25. 1. 22). Die Betreuungsindustrie, welche sich um die Schulen herum gebildet hat, kümmert sich sehr stark um die Bedürfnisse dieser wenigen Kinder, und die Rechte der übrigen Schülerinnen und Schüler treten in den Hintergrund. Ferner ist nicht von der Hand zu weisen, dass Kinder, welche am Mami- und Papitag zu Hause individuell gefördert werden, grössere Erfolgsaussichten haben als Kinder von Alleinerziehenden oder von Eltern, die keine Landessprache gut genug sprechen, um zu helfen oder bei den Lehrkräften zu intervenieren. Die oft zitierte Schere öffnet sich genau dort.

Andreas Gilgen, Muri bei Bern